

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1343**

Schleswig-Holsteinischer Landtag

17. Wahlperiode

18.10.2010

Vorlage für den Innen- und Rechtsausschuss

**Änderungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
in Ergänzung zum Änderungsantrag 17/548**

**zum Antrag Rundfunkgebühren-Staatsvertrag
Drucksache 17/488**

Der Innen- und Rechtsausschuss wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, bei dem anstehenden Systemwechsel in einem neuen Rundfunkgebühren-Staatsvertrag ab 2013 die Belange des Datenschutzes zu wahren.

Insbesondere ist

- von einer Auskunftspflichtung von VermieterInnen, Wohnungs- und BetriebsstätteneigentümerInnen abzusehen,
- der Bezug personenbezogener Daten auf die Übermittlung von Daten durch die Meldeämter zu beschränken,
- die Verwendung der personenbezogenen Daten ausschließlich auf den Zweck der Gebühreneinzahlung zu beschränken und
- der Austausch der Daten zwischen den Rundfunkanstalten zu untersagen.

gez. Thorsten Förter